

Wünsche, Wege, Wackersteine ...

Ein kritischer Blick auf Kooperation von Jugendinformation und Schule.

Meine erste Reaktion auf das für die diesjährige Fachtagung gewählte Thema war: „Was soll denn das? Ist das der Aufsprung auf den gerade rollenden Bildungsexpress, der bundesweit die Bildung als Mittel gegen die hierzulande besonders geneigten Bildungstürme verkündet?“ Oder ist dies der Versuch, Jugendinformation doch in eine deutlichere Beziehung zu Bildung und Jugendhilfe zu rücken?

Eine nähere Betrachtung der seit PISA anhaltenden Debatte um ein neues Bildungsverständnis schlägt schnell eine Brücke zu den Dienstleistungen, die üblicherweise von Jugendinformationsdiensten bereitgehalten werden. Ausgehend von entsprechenden konzeptionellen Verankerungen ist ein Jugendinformationsdienst durchaus im Bereich der außerschulischen Jugendbildung beheimatet. Unter außerschulischer Jugendbildung verstehe ich dabei alle Angebote, die nicht der formalen, also der schulischen, berufsschulischen oder universitären Bildung zuzuordnen sind.

Die wesentlichen Merkmale der nicht formalen, also der außerschulischen Bildungsangebote sind dabei:

- Freiwilligkeit der Teilnahme
- grundsätzliche Offenheit von Angeboten der außerschulischen Jugendbildung für alle, unabhängig von sozialer Herkunft, Religionszugehörigkeit, Nationalität und Geschlecht
- Beteiligung an Bildungsprozessen.

Angebote der außerschulischen Jugendbildung haben einen Bezug auf die Lebens- und Arbeitswelt junger Menschen. Sie orientieren sich an den Interessen Jugendlicher und greifen gesellschaftliche Prozesse, Fragestellungen und Probleme auf. Ferner geben Bildungsangebote im Bereich der Jugendhilfe Hilfestellungen und Orientierung hinsichtlich der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen.

Konzeptionelle Schwerpunkte von Jugendinformationsdiensten

Eine Auseinandersetzung mit dem Thema Kooperation von Schule und Jugendinformation setzt eine kritische Analyse unseres eigenen Handelns im Arbeitsfeld Jugendinformation voraus. Die Diskussion aus der Veranstaltung zur Fortschreibung des EU-Weißbuches im September in Bonn aufgreifend, muss ich erneut die Standortbestimmung und Arbeitsfelddefinition der Jugendinformation in den Mittelpunkt meiner Betrachtungen rücken.

Gegenwärtig kokettieren Jugendinformationsdienste mit allerlei inhaltlichen Arbeitsansätzen und Strukturen. Sie sind zwischen Kultur-, Jugendsozial- und Bildungsarbeit beheimatet und wenden sich je nach Situation dem einen oder anderen Arbeitsfeld zu. Was einigen Jugendinformationsdiensten fehlt, ist eine klare und eindeutige Zuordnung zur Jugendhilfe. Ich selbst definiere Jugendinformation stets als eigenständiges Arbeitsfeld der Jugendhilfe, das gleichberechtigt zwischen Jugendsozialarbeit, offener Kinder- und Jugendarbeit, sozialpädagogischer Familienhilfe und all den anderen jugendhilflichen Arbeitsfeldern anzuordnen ist. Jugendinformation ist eine so genannte Querschnittsaufgabe, die ähnlich dem Jugendschutz immanenter Bestandteil aller jugendhilflichen Handlungsfelder ist. Querschnittsaufgaben haben allerdings die Eigenschaft, gern vernachlässigt und der öffentlichen Wahrnehmung entzogen zu werden. Das Beispiel Jugendschutz zeigt, dass dieser angeblich in alle Arbeitsfeldern der Jugendhilfe integriert ist, eine nähere Betrachtung macht jedoch sehr schnell deutlich, dass der Jugendschutz seine Rolle als fünftes Rad am Wagen, selbst bei der Anwendung fortschrittlicher, also kompetenzfördernder Konzepte, nicht abzulegen vermag. Insofern ist es sinnvoll, der Jugendinformation einen eigenen Platz im Repertoire von sozialen Dienstleistungen zu geben. Diesen Platz findet das vergleichsweise junge Arbeitsfeld nicht durch Lippenbekenntnisse oder eine „Entscheidung von oben“, sondern muss durch qualifizierte Konzepte und professionelles Handeln erarbeitet werden, entsprechende fachpolitische Öffentlichkeitsarbeit eingeschlossen.

Es sei mir deshalb gestattet in diesem Kontext einige Ausführungen zu konzeptionellen Grundlagen der Jugendinformation zu machen, um dann später zu Formen der Kooperation zwischen Jugendinformation und Schule zu kommen.

Nach meiner Definition und dem Konzept meiner Einrichtung, dem JugendInfoService Dresden, ist

- „Jugendinformation ein niederschwelliges sozialpädagogisches Informations-, Beratungs- und Vermittlungsangebot für Kinder, Jugendliche und Erziehende.

- Jugendinformation dient der Orientierung und der Kompetenzvermittlung bei den o.g. Adressat/inn/en und fördert durch den Ausgleich von Informationsdefiziten, durch Aufklärung und Beratung die Entscheidungsfähigkeit der Zielgruppen.
- Jugendinformation dient der Verwirklichung des Wunsch- und Wahlrechtes sowie des Beteiligungsgrundsatzes nach SGB VIII und trägt somit zur Stärkung der Adressatenposition in der Jugendhilfe und angrenzenden sozialen Handlungsfeldern bei.

Eine solche Definition ordnet Jugendinformation eindeutig in der Landschaft der Jugendhilfe ein und liefert Hinweise für ein entsprechendes Leistungsspektrum, das an den Bedürfnissen und Bedarfen junger Menschen anknüpft und sich ihnen somit als Dienstleister an die Seite stellt. Die fortschreitende Spezialisierung sozialer Dienste irritiert und verunsichert die Adressat/inn/en der Sozialarbeit, was zu der Annahme führen kann, dass neue Zugangsbarrieren errichtet werden, die für die Möglichkeiten einer Inanspruchnahme sozialer Dienste durch die Adressat/in- n/en behindernd wirken können. Ferner ist anzumerken, dass die Verwirklichung des Wunsch- und Wahlrechtes nach SGB VIII einerseits an den mangelnden Kenntnissen der Adressat/inn/en und andererseits an den wirtschaftlichen Interessen der Anbieter scheitert. Obwohl im SGB VIII eindeutig in § 5 gefordert, bleibt der Hinweis auf das Wunsch- und Wahlrecht in vielen Diensten aus. Auch über die Beteiligungsrechte sind viele Kunden sozialer Dienste nur unzureichend informiert, so dass deren Mitwirkungs- und Mitbestimmungspotenziale häufig nicht ausgeschöpft werden können.

Die geschilderte Situation bringt die Einrichtungen der Jugendinformation in eine Rolle der Aufklärung und Vermittlung, die unter der Bedingung eines unabhängigen Wirkens gegenwärtig kaum von anderen Institutionen so umfassend und wirkungsvoll geleistet werden kann. Die Identifikation von Jugendinformationsdiensten sollte sich in erster Linie an Informations- und Beratungsleistungen ausrichten. Hier liegt gewissermaßen die „Pflicht“ der Dienste, weitere Handlungsfelder können im Bereich der „Kür“ je nach Zielgebiet, Ausstattung und Ressourcen der Jugendinformationsdienste hinzukommen. Auch wenn die Nutzung sozialer Dienste einen inhaltlichen Schwerpunkt bei der Information und Beratung einnimmt, sollte der Jugendinformationsdienst vor allem in den lebensweltbezogenen Themenkomplexen wie Schule, Ausbildung, Beruf und Freizeitgestaltung ein kompetenter Ansprechpartner für Jugendliche sein. Somit ergibt sich für Jugendin-formationen ein Bildungsauftrag, der der Förderung allgemeiner Lebenskompetenzen und Problemlösungsstrategien dient. Eine solche Form von außerschulischer Jugendbildung ist geeignet, für soziale Probleme und Konflikte in der Gesellschaft zu sensibilisieren, junge Menschen zu einem solidarischen Handeln anzuregen und Selbsthilfepotenziale zu eröffnen. Diese „Soziale Bildung“ fördert die Akzeptanz individueller Lebensentwürfe, sie fördert die Integration von Benachteiligten und Ausgegrenzten.

Weitere Formen von Bildungsangeboten von Jugendinformationsdiensten dienen häufig der Ergänzung und Erweiterung schulischer Kenntnisse bzw. der Berufsvorbereitung oder Berufsorientierung. Hier sollen Jugendliche Kompetenzen und Fertigkeiten erwerben, die ihnen Entscheidungshilfen für eine spätere Berufsausbildung geben und die ihnen eine Teilhabe am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu eröffnen vermögen. So kann etwa ein Bewerbungstraining die Dimensionen der Information, Beratung, Bildung, Berufsvorbereitung und Kompetenzerweiterung miteinander verknüpfen. Das setzt voraus, dass das Training die Stufe der bloßen Erstellung von Bewerbungsunterlagen oder des Übens des Vorstellungsgespräches überschreitet.

Die Nutzung des Internets als Informationsmedium für Jugendinformationsdienste hat vielerorts den Zugang zu Informationen erleichtert. Dennoch darf man die große Anzahl von Menschen nicht vernachlässigen, denen aus unterschiedlichen Gründen ein Zugang zu diesem Medium nicht möglich ist. Die aktuelle ARD-Onlinestudie kommt für 2003 auf eine „gelegentliche Internetnutzung“ durch 53,3 Prozent der Bundesbürger ab 14 Jahre. Neben wirtschaftlichen Gründen sind hier vor allem auch Benachteiligungen zu erwähnen, die sich aus den individuellen intellektuellen Fähigkeiten oder die sich aus der Herkunft der Menschen ergeben. Gerade die steigende Zahl von Kindern und Jugendlichen mit einer Lese-Rechtschreib-Schwäche oder die unter einem Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom leiden, sollte Jugendinformationsdiensten ein kritischer Hinweis auf die Zugänglichkeit zu ihren Informationen sein. Während ich weiterhin davon ausgehe, dass ein Jugendinformationsdienst, der Informationen über das Internet anbietet, auch den Zugang zu diesem Medium anbieten muss, ist eine häufig anzutreffende ausschließliche Konzentration der Dienste auf das Internet kritisch zu hinterfragen. In seinen „Ethischen Standards für Jugendinformation“ beschrieb Dieter Baacke bereits 1993, dass „spezielle Gruppen eines Minderheitenschutzes“ bedürfen und dass „allen Formen von Ausgrenzung durch die Neuen Informationssysteme entgegenzutreten“ ist. Entsprechend den Forderungen des EU-Weißbuches Jugend ist die Jugendinformation zumindest auf der

regionalen und lokalen Ebene mit einer tatsächlichen persönlichen Beratung zu verknüpfen. Dass dies auf Länderebene oder gar für einen bundes- oder europaweiten Jugendinformationsdienst so nicht zu verwirklichen ist, gilt als nachvollziehbar. Dass man allerdings auf manchen überregionalen Jugendinformationsportalen vergeblich nach einer Telefonnummer suchen muss, die eine andere Form der Kontaktaufnahme ermöglicht, dies ist ein unverzeihliches Desinteresse an den Kommunikationswünschen der Adressat/inn/en.

Die Nutzung des Internets verknüpfen zahlreiche Jugendinformationsdienste mit entsprechenden Bildungsangeboten für ihre Adressat/inn/en, die sie zu einer gewinnbringenden Handhabung des Internets befähigen. Derlei Angebot stellen wiederum eine arbeitsfeldspezifische Verknüpfung von Jugendinformation und Bildung dar, die letztlich auch Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche eröffnet, da diese zu einer Mitwirkung an der Erstellung und Pflege der Informationsmedien des Jugendinformationsdienstes befähigt werden. Anzumerken ist hier, dass nach meiner Erfahrung erhebliche Defizite hinsichtlich der Internetnutzungskompetenzen von Jugendlichen zu konstatieren sind. So ist einzuschätzen, dass eine zielgerichtete thematische Recherche jenseits des „Googlens“ wegen mangelnder Recherchestrategien häufig nicht stattfindet. Andere Quellen als diverse Suchmaschinen kommen für Jugendliche bei der Lösung von Rechercheaufgaben nicht in Betracht. Noch drastischer stellt sich die Situation hinsichtlich des Bewertungs- und Beurteilungsvermögens der Jugendlichen dar. Sie übernehmen die von der Suchmaschine ausgegebenen Ergebnisse, ohne diese einer inhaltlichen Überprüfung oder eines Vergleiches mit anderen Quellen zu unterziehen. Diese Situation ist bei der Struktur des Internets und der dort gegebenen relativen Freiheit bei der Publikation auch bedenklicher Inhalte als Gefahr einzustufen. Besonders kritische Inhalte finden sich dabei in politischen und religiösen sowie in gewaltverherrlichenden oder die Menschenwürde verletzenden Websites. Der schulische Lehrplan leistet die notwendige Kompetenzvermittlung nach meiner Kenntnis bislang nicht, so dass ergänzende außerschulische Bildungsangebote einen fruchtbaren Boden finden. Da unseren Einrichtungen besondere Fähigkeiten im Bereich des Informationsmanagements nachgesagt werden, ist ein Bildungsengagement für die Internetnutzung junger Menschen eine unverzichtbare Aufgabe von Jugendinformationsdiensten.

Die Internetnutzungsformen von Jugendlichen sind darüber hinaus von einer leichten Beeinflussbarkeit durch Werbeeinblendungen geprägt. So verlassen sie häufig ihren ursprünglichen Rechercheweg, was zu einer Ablenkung und zu einem Zeitverzug führt. Als kritisch muss außerdem der lockere Umgang mit persönlichen Daten betrachtet werden. Junge Leute lassen sich allzu leicht zur Angabe umfangreicher persönlicher Daten verleiten. Auch in der Richtung der informationellen Selbstbestimmung sollten die Bildungsangebote von Jugendinformationsdiensten kompetenz- und verantwortungsfördernd wirken.

Möglichkeiten der Kooperation von Jugendinformationsdiensten und Schulen

Der Wunsch nach Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule ist die eine Seite der Medaille, die vorzufindenden Bedingungen, Vorurteile und die Geschichte der Kooperation eine andere Seite. Der frühere sächsische Kultusminister gab mehr als zehn Jahre den „Befehl“ der Wissensvermittlung an seine Lehrer/innen aus. Die Schule sei kein Ort der Erziehung, sondern ein Ort der Bildung. Dass der Bildungsbegriff auch den Erwerb sozialer, kultureller und lebenspraktischer Kompetenzen einschließt, entzog sich der Kenntnis des Ministers offenbar. Dieser Paukerbefehl hatte natürlich auch Auswirkungen auf das Handeln der Lehrer/innen, die sich außerschulischen Aktivitäten immer seltener zuwandten, was in hierfür fehlenden Zeitbudgets seine institutionelle Ausprägung erfuhr. Dies führte letztlich auch zu einer mangelnden Kooperationsbereitschaft und es blieb dem persönlichen Engagement von Lehrer/inne/n überlassen, ob sie außerschulische Angebote unterbreiteten, ob sie sich in die Konfliktdynamik einer Schule einschalteten und ob sie die Kooperation mit unterschiedlichsten kulturellen und sozialen Einrichtungen suchten. Engagierten Lehrer/inne/n ist es zu verdanken, dass derartige Kooperationen trotzdem möglich waren. Anzumerken ist ferner, dass auch die Jugendarbeit die Kooperationsbereitschaft nicht gepachtet hat; Kontakte von Sozialarbeiter/inne/n zu Schulen waren häufig auf den Einzelfall in individuellen Konfliktsituationen von Jugendlichen reduziert. Es besteht ein spannungsreiches Verhältnis zwischen den beiden Pädagogengruppen. Diese Spannung ergibt sich unter anderem aus dem so unterschiedlichen Zugang der Pädagog/inn/en zu den Jugendlichen. Während ein/e Lehrer/in den Schüler/inne/n jeden Tag gegenüber treten *muss*, ist das Handeln von Sozialpädagog/inn/en eher von Freiwilligkeit geprägt. Darüber hinaus sind die jeweiligen Aufträge der beiden Gruppen sehr unterschiedlich in Definition, Darstellung und Wahrnehmung. Der Sozialpädagogik gelingt es häufig nicht, ihre Ansätze und Handlungsweisen deutlich zu machen, was ihnen in Schulen häufig den Vorwurf unverbindlichen Handelns einbringt. Eine Verständigung über die Unterschiedlichkeiten beider pädagogischen Konzepte findet nicht oder nur unzureichend statt.

Bei der Suche nach Formen der Kooperation zwischen Jugendinformationsdiensten und Schulen ist zunächst wieder auf die territoriale Anbindung der Jugendinformationseinrichtungen zu schauen. Während sich regionale und lokale Einrichtungen sehr individuelle Kooperationsmöglichkeiten vor Ort erschließen können, fällt dies bei überregionalen Anbietern auf den ersten Blick etwas schwerer.

Ausgehend von den vorhin dargestellten konzeptionellen Grundlagen von Jugendinformationsdiensten und deren Anspruch, jungen Menschen niederschwellige Informations-, Beratungs- und Bildungsangebote zu unterbreiten, um ihnen lebenspraktische Kompetenzen zu vermitteln, lassen sich sehr schnell gemeinsame Interessen von Jugendinformation und Schule feststellen. Eine ganzheitliche Sicht der Schule, die über die Wissensvermittlung hinausgeht, hat den Schüler als Persönlichkeit im Blick, der den Lernort Schule auch als Lernort „Leben“ wahrnehmen und nutzen soll. Ein solches Bild ist von den konzeptionellen Ansprüchen der Jugendinformation nicht weit entfernt. Daraus ergeben sich Kooperationsansätze für beide Bereiche, die sich wertvoll ergänzen und die jeweiligen Angebote für die Kinder und Jugendlichen bereichern können.

Selbst bei lokalen Jugendinformationsdiensten ist jedoch zu beachten, dass diese meist als zentrale Einrichtung für eine ganze Stadt zuständig sind. Hieraus ergeben sich Kooperationsansätze, die eher in Form von Einzelprojekten, Seminaren und Schulprojekttagen durchgeführt werden. Die Inhalte ergeben sich einerseits aus den Wünschen der Kooperationspartner und sollten andererseits mit den konzeptionellen Schwerpunkten der Jugendinformationseinrichtung korrespondieren. Unabhängig vom gewählten Thema lassen sich so in die Projekte Strategien zur Informationsbeschaffung, zur Bewertung von Inhalten und Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Publikationsformen integrieren. Dies hat als schulergänzendes Bildungsangebot eine Förderung der Medienkompetenz zur Folge und kann das gesellschaftliche Engagement junger Menschen unterstützen. Definiert man Information als Basis von Partizipationsansätzen, so können begleitete Informationsbeschaffung und informelle Bildung im Rahmen von Kooperationsprojekten von Jugendinformationsdiensten und Schulen ein Fundament für Beteiligungskonzepte im schulischen Rahmen dienen. Jugendinformationsdiensten fällt hier die Rolle des unabhängigen Moderators zu, der die Jugendlichen bei der Informationsrecherche unterstützt, der ihnen organisatorisches und methodisches Handwerkszeug für die Verwirklichung einer nachhaltigen Partizipation vermittelt und der ihnen bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit als erfahrener Partner zur Seite steht.

Darüber hinaus ergibt sich auch eine Reihe von Kooperationsansätzen auf der institutionellen Ebene, bei denen sich Schule und Jugendinformationsdienst gegenseitig der bestehenden Strukturen und Dienstleistungen bedienen. Dies reicht von Seminaren für Lehrer/innen zu ausgewählten Themen bis hin zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit des Jugendinformationsdienstes durch schulische Strukturen.

Zusammenfassend lässt sich die klare Aussage treffen, dass einer Kooperation zwischen beiden Institutionen im Interesse der gemeinsamen Zielgruppe nichts im Wege stehen dürfte. Die häufig anzutreffende Skepsis auf beiden Seiten oder die Heranziehung struktureller Argumente, die gegen eine Zusammenarbeit sprechen, sind überwindbar, wenn man die Kinder und Jugendlichen zu den Hauptakteuren macht, die sich der Ressourcen und Begleitung beider Institutionen bedienen. Dennoch ist der erste Schritt auf beiden Seiten – Schule und Jugendinformation – zu gehen. Bildung findet nach entsprechenden Untersuchungen zu 70 Prozent außerhalb von Schulen statt, so auch in Jugendinformationsdiensten, die die schulischen Bildungsangebote wirkungsvoll ergänzen können.

Carsten Schöne